

Material dienst

Inhalt

Selfreliance – Eigenständigkeit Ein neues ökumenisches Schlagwort?

Rassismus – Diskussion und
Wirklichkeit

Theologie der „Befreiung“ und die
Frage der Gewalt

Selbstbestimmung, Selbständigkeit,
Selbstverantwortung

Tansania – Sonderfall oder Modell?

Inner- und außerkirchliche Sondergruppen · Religionen · Weltanschauungsbewegungen · Ideologien

VEREINIGUNGSKIRCHE

Unerbetene Wahlhilfe

Stellungnahme der Bundesregierung
Meldungen

JOHANNISCHE KIRCHE

Auszeichnung für Frieda Müller

MARXISMUS

Religiöse Haltung der Jugend in
Polen

Aus der
Evangelischen Zentralstelle
für Weltanschauungsfragen
der EKD



21

39. Jahrgang
1. November 1976

Selfreliance – Eigenständigkeit

Ein neues ökumenisches Schlagwort?

Wer die ökumenische Bewegung von außen her betrachte, der könne leicht, so meinte unlängst einer ihrer Kritiker, den Eindruck gewinnen, als lasse sich ihre Geschichte als eine Abfolge von bestimmten Schlagwörtern und Leitgedanken verstehen. Solche Schlag- oder besser Reizwörter pflegen eine Zeitlang die Diskussion zu bestimmen, bis neue Prägungen ihre Funktion, Wirklichkeiten aufzuschließen und Auseinandersetzungen anzuregen, übernehmen. „Reizwörter“ dieser Art wären etwa gewesen: die auf der Vollversammlung von Amsterdam 1948 propagierte „verantwortliche Gesellschaft“; die These, daß die eigentliche Problematik unserer gegenwärtigen Welt von der Ost-West- zur Nord-Süd-Spannung umgesprungen sei; der Vorschlag eines „Moratoriums“, das heißt eines zeitweiligen Aussetzens der Hilfe reicher Kirchen in den Industrienationen für die „jungen Kirchen“; vor allem aber, was als „Antirassismus-Programm“ des Weltrates der Kirchen bekannt wurde.

Das neueste dieser Reizwörter, denn um ein solches handelt es sich zunächst, ist in «Self-Reliance» gegeben. Es wird inzwischen, nach einigem Suchen der Übersetzer, deutsch meist als „Eigenständigkeit“ wiedergegeben.

In die ökumenische Diskussion wurde der neue Begriff in den frühen siebziger Jahren aufgenommen, und es gibt inzwischen auch schon Untersuchungen zur Frage, wer wo das Wort zuerst gebrauchte, wie es aufgenommen und wie es von Autor zu Autor, von Konferenz zu Konferenz weitergegeben wurde. Am eingehendsten dokumentiert wurde der Vorgang wohl von Martti Lindqvist in seinem Buch „Economic Growth and the Quality of Life“, einer Analyse der Debatte im Weltrat der Kirchen 1966–74, erschienen in den Annalen der «Finnish Society for Missiology and Ecumenics», Helsinki 1975. Man weiß, daß vor allem der indische Wirtschaftswissenschaftler Samuel L. Parmar, einer der führenden Exponenten einer besonderen „Genfer Entwicklungsphilosophie“, viel dazu tat, dieses Thema in den Zusammenhang der allgemeinen Entwicklungsproblematik zu stellen. Nach Johan Galtung, dem norwegischen Friedens- und Entwicklungsforscher, läßt sich der Gedanke, der mit «Selfreliance» gemeint ist, sogar bis nach China zurückverfolgen. In einer Rede im August 1945 habe Mao eine Redewendung gebraucht, die sich wörtlich mit „Erneuerung durch unsere eigenen Anstrengungen“ übersetzen lasse. Dies aber sei genau die Bedeutung von «Selfreliance», von SR, wie man die Sache inzwischen auch schon in einer abkürzenden Chiffre findet. Um den neuen Begriff zu klären und Gelegenheit zur Orientierung zu geben, hat das Ökumenische Institut in Bossey vom 3. bis 9. April dieses Jahres eine eigene Studientagung veranstaltet, die den Zusammenhang von „Eigenständigkeit, Solidarität und internationaler Gerechtigkeit“ zum Gegenstand hatte.

Hilfreicher als ein Rückblick auf die Herkunft des Wortes und seine Begriffsgeschichte dürfte es sein, sich einmal zu vergegenwärtigen, wie die ökumenische Situation aussieht, in die hinein es gesprochen wurde, und die geschichtlichen Bedingungen zu prüfen, unter denen es aufgenommen wurde. Als Kontrast-Hintergrund, vor dem sich der neue Denkanstoß abhebt, soll dabei die vorher schon erwähnte Rassismusproblematik dienen.

Wenn man die Rassismusfrage als Ausgangspunkt wählt, von dem her zu verdeutlichen wäre, was mit der Parole «Selfreliance» gemeint ist, wird es wieder nicht ausreichen, einfach in den verschiedenen Dokumentationen nachzulesen, zu welchen Auseinandersetzungen das Anti-Rassismus-Programm des Weltrates, vor allem der 1970 gefaßte Beschluß, bestimmten Befreiungsbewegungen der Dritten Welt aus einem Sonderfond Unterstützung zukommen zu lassen, im Lauf der Zeit geführt hat. Bei näherem Zusehen ist nämlich aus dem Hin und Her der Erklärungen wenig über die konkrete Lebenswirklichkeit der Problematik zu erfahren, die hier zur Diskussion steht.

Gewiß, seit den Tagen, da auf der Vollversammlung von Uppsala im Jahre 1968 die Forderung nach einem eigenen Beitrag der Ökumene zur Überwindung des Rassismus erhoben wurde, hat sich einiges ereignet. Das Schema, wonach in unserer Welt die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, ist durch die Ölkrise in Unordnung geraten. Die portugiesische Kolonialherrschaft in Mozambique und Angola hat ihr Ende gefunden. Inzwischen geht die Auseinandersetzung um Rhodesien und Namibia, und das Apartheid-Regime von Südafrika selbst ist in Bedrängnis geraten. Aber immer noch hat man den Eindruck, daß uns in Europa diese Entwicklungen ziemlich unvorbereitet treffen, und daß wir, auch in den Massenmedien, immer noch ziemliche Mühe haben zu verstehen, was da im südlichen Afrika eigentlich in Bewegung geraten ist.

Wer einmal Gelegenheit nahm, sich in direkten Gesprächen eine Vorstellung zu verschaffen, was etwa Schwarzafrikaner selber meinen, wenn sie von Rassismus sprechen, wird betroffen sein von der tiefsitzenden Verbitterung, die mit diesem Wort verbunden ist. Mit bloß formalen Definitionen und Begriffsbestimmungen ist diese Verbitterung und der Sachverhalt, auf den sie zurückgeht, nicht ohne weiteres einzufangen, vor allem da das Wort „Rassismus“ seine innere Dynamik auch noch aus einem ganzen Feld verwandter Begriffe wie Kolonialismus, Kapitalismus, Imperialismus und andere bezieht. Auch der Terminus „Entfremdung“, der sich beim frühen Marx fand, wird in diesem Zusammenhang gern beigezogen.

Was sich in solchen Gesprächen ergibt, ist zunächst die Grundgegebenheit, daß man in den Elendsgebieten der Dritten Welt den Hunger und die gestörte Entwicklung, die die Landbevölkerung in die Slums der Städte treiben, mit der eigenen Unfreiheit erklärt, mit der Abhängigkeit von den reichen Industrienationen. Dabei macht es wenig Unterschied, daß die unmittelbar politisch-militärische Abhängigkeit des alten Kolonialismus heute weitgehend von der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Neokolonialismus abgelöst wurde. Schon bei den Begriffen Kapitalismus, Kolonialismus und Neokolonialismus braucht man eine Weile, bis man die Wucht negativer Emotionen versteht, mit der diese Worte ausgesprochen werden. Für Schwarze bedeutet das alles nicht bloß „Ausbeutung durch Menschen“, sondern auch schon „Ausbeutung der Natur“, Ausplünderung ihrer Länder durch fremde Interessen. Vor allem aber die Verbindung von beidem: daß nämlich fremde Herren die Macht, die ihnen ihre technische Überlegenheit über die Natur gab, dazu gebrauchten, auch Menschen in dauernder Unterdrückung zu halten, sie in die Randzonen des Lebens abzudrängen und die ererbten Lebenszusammenhänge in Fami-

lien und Stämmen zu zerstören. Man fühlt sich als Opfer eines Denkens, das die Natur „entzauberte“, nach der berühmten Formulierung von Max Weber, um sich selbst von den eigenen technologischen Möglichkeiten „verzaubern“ zu lassen, und darüber das Menschliche vergaß oder sogar verdrängte.

Und auch damit ist die Schwere der Anklage noch nicht ausreichend gekennzeichnet: Wer andere unterdrückt, bedarf auf die Dauer einer Ideologie, um zu rechtfertigen, worauf er sich eingelassen hat. Er wird also zum Beispiel behaupten, der Herrschende sei „von Natur aus“ arbeitsscheu und Sorge für seinen Lebensunterhalt nur, wenn er von einem Herrn dazu angetrieben werde; er sei von aggressiver Wildheit, die nur durch äußeren Druck und Zwang einigermaßen im Zaum gehalten werden könne. Von dem Mißbrauch religiöser Überlieferungen zur Rechtfertigung und „Rationalisierung“ rassistischer Herrschaft sei einmal ganz abgesehen. Wer andere in dieser Weise beherrscht, wird behaupten und schließlich auch sich selbst einreden, daß jeder Verzicht auf Herrschaft und Autorität nur Rückfall in Chaos und Anarchie bedeuten könne.

In welchem Teufelskreis sich solche Rationalisierung von Herrschaft verstrickt, ergibt sich daraus, daß noch nicht einmal alles völlig falsch ist, was von den rassistischen Herrschern behauptet wird. Wenn Menschen arbeiten sollen, ohne jeden Spielraum an Möglichkeiten in der Wahl des Arbeitsplatzes, im Bewußtsein, daß immer andere bestimmen werden, was vom Ertrag dieser Arbeit für sie und ihre Familien übrigbleiben soll, wenn Menschen unfrei leben und sich dauernd in ihrer Menschenwürde gekränkt fühlen müssen, werden sie früher oder später einmal aggressiv werden. Kenner der Verhältnisse im südlichen Afrika versichern, daß erstaunlich eher die Langmut sei, die die Schwarzen in dieser Region so lange gezeigt haben.

Bei dem schwarzamerikanischen Schriftsteller James Baldwin, der auf der Vollversammlung in Uppsala der weißen Christenheit so eindringlich ins Gewissen redete, kann man nachlesen, was es für verheerende psychische Folgen haben muß, wenn jemand unter solchen Umständen rassistisch begründeter Diskriminierung zu leben gezwungen ist, wie sehr die Opfer gezeichnet bleiben, die dem Druck einer solchen Herrschaft für längere Zeit ausgesetzt waren. Weniger bewußt sind uns gewöhnlich die psychischen Rückwirkungen, die eine solche Herrschaft auf den weißen Rassisten haben muß (man vergleiche etwa: Michael Traber, Rassismus und weiße Vorherrschaft – Stichwörter zur Gesellschaftsordnung Nr. 15, 1971 Verlag Imba-Laetare).

Theologie der „Befreiung“ und die Frage der Gewalt

Kein Wunder, daß sich in der Dritten Welt auch Christen nicht dem Zauberwort „Befreiung“ verschließen, die notfalls, wenn keine andere Wahl bleibt, mit gewaltsamen Mitteln, durch Revolution, angestrebt werden soll. Über die Forderung einer „Befreiung“ hinaus sind, von Vertretern der „Black-Power-Bewegung“, an die Adresse der weißen Kirchen und Synagogen der Vereinigten Staaten wie an den Weltrat der Kirchen zugunsten der Schwarzen Amerikas wie der ehemaligen Kolonialvölker im Extremfall sogar Ansprüche auf regelrechte „Reparationen“ und „Wiedergutmachung“ erhoben worden (u. a. bei der Rassismus-Konsultation des ÖRK in Notting Hill am 23. 5. 1969).

Die ökumenische Bewegung hat einmal, vor allem unter dem Generalsekretariat von W. A. Visser't Hooft, der Versuchung widerstanden, sich im Ost-West-Gegensatz von einer Seite und ihrer politischen und gesellschaftlichen Ideologie vereinnahmen zu lassen. Man konnte damals nicht finden, daß es sich hier um einen Kampf zwischen Kindern des Lichts und Kindern der Finsternis handele, ob man nun diesen Gegensatz gern etikettiert hätte als „Kampf der freien Welt oder gar des christlichen Abendlandes gegen totalitär-atheistischen Kommunismus“ oder ob man lieber den Kurs „sozialistisches Weltfriedenslager gegen ausbeuterischen Imperialismus“ gesehen hätte, auf den die Prager «Christliche Friedenskonferenz» gelegentlich gedrängt werden sollte.

Seinerzeit lehnte es der Ökumenische Rat ab, sich im Kalten Krieg als Werkzeug benutzen zu lassen, und öffnete damit für die Orthodoxe Kirche in den sozialistischen Ländern eine Möglichkeit, sich der Ökumene anzuschließen. Im Vergleich damit wird man sagen können, daß die Ökumene von heute es sehr viel schwerer hat, in dem neuen Gegensatz zwischen Nord und Süd, zwischen reichen Industrienationen und den armen Ländern der Dritten und Vierten Welt nicht die Balance zu verlieren.

Was man uns weißen Christen heute vorwirft, ist schlicht, wir hätten anderen immer gerne vorgesprochen, daß die Sanftmütigen und die Friedfertigen selig seien, ohne daß wir selbst immer besonders sanftmütig und friedfertig gewesen wären. Heute werden wir nun daran erinnert, daß auch geschrieben steht: „Selig sind, die da hungert und dürstet nach Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.“ Oder man sagt uns, daß wir schon immer nur zu bereit waren, uns unsere Sünden und die Sünden unserer Väter vergeben zu lassen, und daß wir noch heute viel zu viel auf dem Altar einer einseitigen Innerlichkeits-Frömmigkeit opfern, ohne wahrhaben zu wollen, daß unser schwarzer Bruder etwas „wider uns“ hat.

Wer als Europäer die bitteren Anklagen hört, den Ruf nach „Freiheit“ und „mehr Gerechtigkeit“ – wirtschaftlich artikuliert als Postulat einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“ – oder gar Forderungen nach „Wiedergutmachung“ und „Reparationen“, ist sicher nicht gut beraten, wenn er jedem Protest gegen weißen Rassismus gleich unterstellen wollte, daß das in der einen oder anderen Weise auf schwarzen Rassismus hinauslaufen müsse.

Nicht wenige sind ja versucht, aus Informationen, die uns von der Dritten Welt erreichen, mit Vorliebe jene auszuwählen, die zeigen, mit welchen Schwierigkeiten sich die jungen Nationen herumschlagen haben. Man denke etwa an die Wirren, die die ehemalige Kolonialmacht Belgien im Kongo zurückließ, oder die Art, wie uns noch die Mau-Mau-Bewegung in Kenya dargestellt wurde. Manche konzentrierten ihr Interesse wohl am liebsten auf eine so problematische Erscheinung wie Idi Amin, den Präsidenten von Uganda, ohne sich zu fragen, wieviel wohl noch im Charakterbild des auf so makabre Weise unberechenbaren Mannes auf die Rechnung seiner Herkunft aus kolonialistischen Verhältnissen gehen mag.

In diesen Zusammenhang mag auch gehören, daß man bei uns Anstoß daran nahm, als aus dem Sonderfond des Ökumenischen Rates der Kirchen auch Befreiungsbewegungen unterstützt wurden, die auf dem Weg zur Erlangung ihrer Freiheit den Gebrauch gewaltsamer Mittel nicht ausschließen. Prinzipiell zweifeln kann man aber, ob damit der wirklich entscheidende Punkt unseres tiefen Unbehagens schon

genannt war. Schließlich haben wir auch in der Geschichte unserer eigenen europäischen „Stammeskämpfe“ Kriege, die wir Freiheits- oder Befreiungskriege nennen. Wahrscheinlich geht es gar nicht so sehr um die Frage nach der Gewalt, zu der es möglicherweise kommen wird, sondern um die Sorge, wie das „Danach“ aussehen soll in einer Welt, die durch immer engere gegenseitige Abhängigkeiten bestimmt wird.

Man kann sich fragen, ob in der heftigen Kritik am Kolonialismus, in die meist auch die Mission als eine bloße Handlangerin bei der Ausbreitung weißer Herrschaft einbezogen war, nicht gerade die inneren Folgen langer Unfreiheit unterschätzt wurden. Sicher ist, daß die befreiten Völker auch noch dann ihre Probleme mit sich selbst hätten, wenn es ihnen, was illusorisch genug ist, gelingen sollte, jede Beziehung zu den Industrienationen abzubrechen. Aber das sind Einsichten, zu denen diese Völker in einem eigenen Lernprozeß, in eigenen Erfahrungen hinfinden müssen. Schwerlich werden sie sich das in fertiger Verpackung von uns liefern lassen wollen.

Auf eine Formel gebracht, ließe sich zur gegenwärtigen Lage etwa sagen: Die Theologie der Befreiung, die in Afrika und in Lateinamerika so viele Anhänger findet, fragt in ihrem letzten Grund nach der Geschichtsmächtigkeit Gottes, der schon das alte Israel aus dem Diensthaus Ägyptens geführt hat. Nicht immer bewußt macht man sich einstweilen allerdings, wohin dieser Weg der Befreiung damals zunächst führte, nämlich zum Berg Sinai und dem Gesetz, das Gott seinem Volke dort gab. Auch bei diesem Urbild aller Befreiungen ging es nicht um „Befreiung schlechthin“ und gab es keinen unmittelbaren, die Wüstenwanderung verkürzenden Weg in das „Land der Verheißung“

Selbstbestimmung, Selbständigkeit, Selbstverantwortung

Es gibt Erfahrungen, die die Völker der Dritten Welt selber machen müssen, Einsichten, die nur auf diesem Weg zu gewinnen sind. Daß ein solcher Lernprozeß aber längst begonnen hat, davon kann gerade das neue Wort «Selfreliance» eine Vorstellung geben. Nahe gelegt wurde ein gewisses Umdenken schon dadurch, daß die Zielvorstellungen für eine Entwicklung der „Unterentwickelten“ selbst in eine Krise geraten sind.

Niemand glaubt mehr, daß der technologische Fortschritt von sich aus zum Überfluß für alle führen wird. Man weiß inzwischen, daß zivilisatorischer und wirtschaftlicher Fortschritt, wie er sich in den Überflußgesellschaften als beschleunigter Konsum und vermehrter Konkurrenz- und Leistungsstreß äußert, nicht mit echtem sozialen Fortschritt verwechselt werden sollte. Unsere Erfahrungen mit hemmungslosem Wirtschaftswachstum haben uns gelehrt, daß bestimmte Quantitäten eben nicht in Qualität, allenfalls in schlechte umschlagen. Gefordert wird nicht mehr Entwicklung schlechthin. Man will auch mehr auf die „Qualität“ von Entwicklung und Entwicklungshilfe achten, auf mehr pflegerischen Umgang mit der Natur in Verantwortung für kommende Generationen. Man macht sich Gedanken über die Entwicklung einer Technologie, die mehr den wahren Bedürfnissen Afrikas entsprechen würde.

Afrikaner wollen nicht immer nur erklären, was sie von den Industrienationen er-

warten oder sogar von ihnen einklagen möchten. Sie wollen nicht immer nur Forderungen erheben. Sie wollen sich auch einmal fragen, was sie denn eigentlich selbst tun können, aus eigener Initiative, im Rückgriff auf die eigenen Ressourcen, die materiellen wie die geistigen. Vor allem aber wollen sie sich größere Klarheit darüber verschaffen, was sie eigentlich selber wollen, wie denn ihre eigenen Zielvorstellungen der zu erstrebenden Gesellschaftsordnungen von ihren eigenen kulturellen Wertüberlieferungen her zu formulieren wären.

«Selfreliance» in diesem Sinne meint so viel wie Selbstbestimmung, Selbständigkeit, Selbstverantwortung, Vertrauen auf die eigene Kraft, solidarische Selbsthilfe; aber auch eine Verminderung fremder Hilfe, die neue Abhängigkeiten mit sich bringen und damit die eigenen Entwicklungsrichtungen verzerren könnte. In den Worten von Philip Potter (in: „Zehn Fragen an die Weißen“, Genf 1973) dürfen die armen Völker nur dann hoffen vorwärtszukommen, „wenn sie ihren eigenen Entwicklungsstil und ihr eigenes Entwicklungstempo finden, im Vertrauen auf sich selbst und mit gegenseitigem Beistand“.

Tansania – Sonderfall oder Modell?

Unmittelbar anschaulich wird, was mit «Selfreliance» gemeint ist, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß es für diesen eigenen Weg in eine menschlichere Zukunft für die Völker der Dritten Welt konkrete Beispiele gibt. Vor allem auf den Aufbau der ostafrikanischen Republik Tansania unter der Leitung ihres Präsidenten Julius K. Nyerere wird in diesem Zusammenhang gern verwiesen (man vergleiche in den „Texten zur Arbeit von Dienste in Übersee“, Stuttgart, die von Gerhard Grohs eingeleiteten Auswahlmengen aus Reden und Schriften von Nyerere: Nr. 5 „Afrikanischer Sozialismus“ und Nr. 10 „Freiheit und Entwicklung“).

Was Nyerere „afrikanischen Sozialismus“ nennt, eine Gesellschaft, deren Bedeutung sich nicht im Wirtschaftlichen erschöpft, knüpft bewußt an traditionelle afrikanische Lebensformen an, in denen sich der einzelne noch stärker in Familie und Stammeszusammenhängen eingebunden wußte. In Tansania soll dieser Sozialismus durch gemeinsame brüderliche Anstrengung aller in Kibbuz-ähnlichen Ujamaa-Dörfern verwirklicht werden. Das Swahili-Wort „Ujamaa“ meint Zusammengehörigkeit, Bruderschaft, Freundschaft, gegenseitige Hilfe, familienhaftes Sein, oder, am besten in einem Satz wiedergegeben: „Laßt uns wie eine Familie zusammenarbeiten und das Erarbeitete gerecht verteilen!“

Nicht nur für einen „afrikanischen Sozialismus“, auch für den Aufbau einer „afrikanischen Demokratie“ kann auf eigene traditionelle Formen zurückgegriffen werden, nämlich auf die alte Sitte, sich zum „Palaver“ niederzusetzen, um anstehende Entscheidungen in einer geduldigen Meinungsbildung „von unten nach oben“ zu klären, ohne sich unter Zeitdruck setzen zu lassen, bis sich Lösungen finden, die von allen angenommen werden können.

Als Nyerere 1962 zum erstenmal seine Gedanken über einen eigenen afrikanischen Sozialismus formulierte, nannte er den Sozialismus eine Geisteshaltung, die dem Afrikaner vertraut sei oder zum mindesten einmal gewesen sei. Die Afrikaner hätten es nicht nötig, zum Sozialismus gleichsam „bekehrt“ zu werden: „Sozialismus wie Demokratie gründen in unserer Vergangenheit. Der moderne Sozialismus, den wir

vertreten, ist eine Weiterführung und Weiterentwicklung unseres Familiensystems; Gesellschaft wird gleichsam als Verlängerung der Großfamilie gesehen.“ Und zur Abgrenzung vom marxistisch-leninistischen Sozialismus: „Wenn wir behaupten, daß Marx und Lenin alle Antworten auf unsere Fragen bereithielten, wenn wir so tun, als ob Marx den Sozialismus erfunden hätte, mißachten wir die humane Tradition Afrikas und die Universalität des Sozialismus.“ Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal des Gesellschaftsmodells, wie es von dem praktizierenden Katholiken Nyerere, ähnlich aber auch von Kaunda, dem protestantischen Präsidenten von Sambia, vertreten wird, liegt in der Offenheit dieses Sozialismus gegenüber den Religionen des Landes, vor allem den gemeinschaftsbildenden Kräften des Christentums.

Der Europäer mag sich fragen, ob hier nicht spezifisch afrikanische Traditionen in einem etwas idealisierten Licht erscheinen. Aber sicher ist es das Recht jedes Volkes zu versuchen, den eigenen Überlieferungen das Beste entnehmen zu wollen. Die von Nyerere selbst angesprochene „Universalität“ dessen, was er unter Sozialismus versteht, könnte wiederum auch an bestimmte europäische Einflüsse denken lassen. Dazu würden etwa neben christlichem Denken europäische Genossenschaftslehren gehören, wie sie sich in den „positiven“ Utopien mancher „Anarchisten“ von Proudhon bis Peter Kropotkin und seiner Betonung des Prinzips „gegenseitiger Hilfe“ finden (vgl. Information Nr. 63 „Keine Macht für niemand“ der Ev. Zentralstelle).

Aber wir in den Industrienationen werten diese Gedankengänge gerne als rückwärtsgewandte Sozialromantik ab, als nostalgischen Rückblick auf die alte bündische Durchgliederung von Stadt und Land vor dem Einbruch des Industriezeitalters, weil, wie wir gern betonen, der Prozeß der Industrialisierung und Verstädterung nun einmal unumkehrbar sei. Aber man wird kaum übersehen können, daß diese Gedanken einen anderen Stellenwert haben müssen in Ländern, die ihre Industrialisierung überhaupt noch vor sich haben. Dort muß es gerade darum gehen, ob sich aus den unerwünschten Nebenwirkungen, die mittlerweile bei uns erkennbar wurden, nicht etwas lernen lasse, ob bestimmte Fehlentwicklungen nicht von vornherein verhindert werden könnten.

In diesen Zusammenhang gehört auch, daß das neue Konzept einer „eigenständigen“ Entwicklung seinen Ehrgeiz nicht mehr im Aufbau einer Schwerindustrie oder der Förderung der Städte auf Kosten des Landes sieht, sondern, ermutigt durch das im allgemeinen ganz pragmatisch und ideologiefrei bewertete Beispiel Chinas, eindeutig erst einmal der Landwirtschaft und ländlicher Kleinindustrie die Priorität gibt. Aufs ganze gesehen wird man sagen können: Jede Anstrengung, Alternativen zu dem Leben in den industriellen Monokulturen unserer Länder zu entwickeln, verdient unsere Aufmerksamkeit. Jeder Erfolg auf diesem Weg könnte zu einer Entspannung und Entkrampfung der Diskussion über die Zukunft unserer Welt in ihren inneren Spannungen zwischen Nord und Süd beitragen.

Das Wort «Selfreliance» mag einem, wenn man es zum erstenmal hört, wie ein Schlagwort vorkommen. Wer sich eingehender mit dem Konzept befaßt, kann zu dem Ergebnis kommen: es sollte nicht bei einem Schlagwort bleiben.

Wilhelm Quenzer

Inner- und außerkirchliche Sondergruppen · Religionen · Weltanschauungsbewegungen · Ideologien

VEREINIGUNGSKIRCHE

Unerbetene Wahlhilfe. (Letzter Bericht: 1976, S. 137ff) Zur Zeit des Wahlkampfes waren die Anhänger San Myung Muns in der Bundesrepublik besonders aktiv geworden. Sie veranstalteten Kundgebungen und verteilten massenhaft Handzettel. Diese waren unterzeichnet von der bei uns 1971 gegründeten «Föderation für Weltfrieden und Vereinigung e.V.» und der seit 1975 aktiven Studentenorganisation «C.A.R.P.». Schon seit etwa einem Jahr hatten diese beiden Zweigorganisationen der «Vereinigungskirche» eine Fülle von Flugblättern unter die Leute gebracht, zum Teil in einer Auflage von einer Million. „Unser Vaterland befindet sich in außerordentlicher Gefahr“, konnte man da erfahren. „Europa ist vom gottlosen Kommunismus bedroht“; „Gott muß zurück nach Europa!“ Wenn hier ein zwar militanter, doch mehr allgemein gehaltener Antikommunismus zu Wort kam, so wurde die Wahlintention der Mun-Leute um so deutlicher, je näher der Wahltermin rückte. „Sozialismus und Kommunismus haben das gleiche Ziel“, hieß es nun. „Wollen Sie, daß Ihre Kinder verstaatlicht werden?“ „Jetzt ist noch die Möglichkeit, weiteres Unheil abzuwenden... Jetzt muß diese Regierung

Stellungnahme der Bundesregierung. Das Bundesministerium des Inneren hat mit Schreiben vom 17. 8. 1976 (Drucksache 7/5716) eine „Kleine Anfrage“ der CDU/CSU-Fraktion über die «Gesell-

ausgetauscht werden, damit Deutschland und Europa frei bleiben.“

Das letzte Blatt, das zwei Tage vor dem 3. Oktober verteilt wurde, lautete dann schlicht und einfach: „Liebe Mitbürger! Um Deutschland vor dem Kommunismus und dem Klassenkampf zu retten, geben Sie Ihre Erst- und Zweitstimme den Unionsparteien!“ Am unteren Rand des Zettels stand jedoch zu lesen: „Dieser Aufruf erfolgt ohne Billigung der CDU/CSU.“

In der Tat, die CDU/CSU war über diese ungebetene Wahlhilfe keineswegs beglückt. Sie warnte ihre Verbände vor der „politischen Aktivität pseudoreligiöser Sekten“ («SZ» 12. 8. 1976). Bereits als im August Handzettel der C.A.R.P. verteilt wurden, die die direkte Aufforderung „Wählen Sie CDU/CSU!“ enthielten, erwirkte CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf eine einstweilige Verfügung, wonach den Mun-Gruppen die Verwendung der Parteiinitialen CDU/CSU untersagt wurde. In einer Presseerklärung distanzierte sich auch der Münchner CSU-Vorstand, Erich Kiesel, „aufs entschiedenste von verschiedenen Aktionen einzelner Organisationen, deren Verantwortliche sich im Hintergrund halten“ rei

schaft zu Vereinigung des Weltchristentums» und deren Parallelorganisationen beantwortet. In dem Schreiben heißt es: „Die Bundesregierung beobachtet mit Sorge die Entwicklung im Bereich der

„Neuen Jugendreligionen“, zu denen auch die Mun-Sekte gehört. Diese Bestrebungen stehen im Widerspruch zu den Zielen der Jugendförderung des Bundes, wie sie im Jugendwohlfahrtsgesetz und in den Richtlinien zum Bundesjugendplan zum Ausdruck kommen (z. B. die auf absolute Autorität gründende Führergestalt, der vollkommene Gehorsam und das mit Rigorismus gepaarte Sendungsbewußtsein der Anhänger, die kompromißlose Ablehnung unserer demokratischen Gesellschaft als einer ‚alten Gesellschaft‘).“

In der Antwort zur zweiten Frage heißt es: „Im Rahmen von zwei staatsanwalt-schaftlichen Ermittlungsverfahren, die aufgrund der Anzeigen von Angehörigen einiger Mitglieder gegen leitende Personen der genannten Vereinigungen eingeleitet worden sind, wird voraussichtlich auch den Fragen der Finanzierung unter strafrechtlichen Gesichtspunkten nachgegangen.“ Man will nachprüfen, ob es „Anzeichen dafür gibt, daß die nach der Satzung von Beiträgen freigestellten Mitglieder in einer von unserer Rechtsordnung nicht zu billigenden Weise zu freiwilligen Spenden angehalten werden“, wie es in der Kleinen Anfrage hieß. Auch wird sich „der Bundesminister für Finanzen mit den zuständigen obersten Finanzbehörden der Länder in Verbindung setzen“, um einer „möglicherweise unzureichenden Inanspruchnahme steuerlicher Vergünstigungen“ nachzugehen (Überprüfung der Gemeinnützigkeit der Vereinigungen).

Gegenstand des erwähnten Ermittlungsverfahrens soll auch die Frage sein, „ob der Eintritt in die genannten Vereinigungen durch den Einsatz rechtswidriger Mittel erreicht wird und ob Mitglieder widerrechtlich von einem Austritt abgehalten werden“, z. B. durch „unlautere

nachhaltige psychische Beeinflussungen“

Ferner hieß es in dem offiziellen Schreiben, die Bundesregierung habe wohl Kenntnis davon, „daß die genannten Vereinigungen u. a. einen militanten Antikommunismus vertreten“, jedoch seien ihr „bisher keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Feststellung rechtfertigen könnten, daß die Tätigkeit der genannten Vereinigungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet ist“. Auch hätten sich bisher keine konkreten Nachweise ergeben, „auf welche strafrechtliche, vereinsrechtliche oder andere behördliche Maßnahmen gestützt werden können. Die zuständigen Behörden werden jedoch auch weiterhin begründeten Verdachtsmomenten nachgehen.“

Das Schreiben schließt mit der Versicherung: „Sollte die weitere Entwicklung zusätzliche Maßnahmen (über die bisher geleistete Aufklärungsarbeit hinaus) angezeigt erscheinen lassen, wird die Bundesregierung im Benehmen mit den zuständigen obersten Landesbehörden und in Zusammenarbeit mit den dafür in Betracht kommenden gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen die erforderlichen Schritte veranlassen.“

Auch aus Frankreich und Belgien sind Ermittlungsverfahren gegen die «Eglise de l'Unification» bekannt geworden. In den USA wurden unseres Wissens Zivilprozesse gegen die «Unification Church International» und deren Zweigorganisationen in den Staaten Vermont, Massachusetts, Rhode Island, in Washington D.C. und New York geführt. Offensichtlich aber brachte keines dieser Verfahren greifbare Ergebnisse. Straffällige Handlungen konnten nicht nachgewiesen werden, weder hinsichtlich „Verführung Minderjähriger“ oder „konkre-

ter Maßnahmen zur Aufstellung eines internationalen Freiwilligenkorps gegen Nordkorea“, noch in bezug auf die Anwendung „unerlaubter Mittel“ wie Hypnose, Drogen, Nahrungsentzug oder eines „ausgebauten Programms geistiger Kontrolle“, um Anhänger zu gewinnen bzw. Mitglieder gefügig zu machen. So der «Supreme Court of the District of Columbia» im September 1975. Hier wird deutlich: die „Verführung Jugendlicher“ durch die Mun-Organisa-

Meldungen. Im Mai dieses Jahres erwarb die «Unification Church International» das im Zentrum New Yorks, in der Nähe des Madison Square Garden gelegene Wolkenkratzerhotel „The New Yorker“ um den Preis von 5 Millionen Dollar. Es ist 42 Stockwerke hoch, hat rund 2000 Räume, drei große Ballsäle, mehrere Restaurants, und soll nun zu einem „Weltmissionszentrum“ der «Vereinigungskirche» werden (der Hauptakzent der Aktivitäten der Mun-Bewegung liegt im Moment in den USA). Die ersten Gäste im neuen Zentrum waren etwa 600 Eltern, die zu einer dreitägigen „National Parents Conference“ gekommen waren. Die «Vereinigungskirche» hatte ihre jungen amerikanischen Mitglieder aufgefordert, ihre Eltern zu diesem Treffen einzuladen. Es wurden Vorträge über die Arbeit und Ziele der Church, offene Aussprachen und vor allem das Zusammentreffen mit den Kindern angeboten. Besonders das letztere dürfte die meisten Eltern angezogen haben. Etwa ein Drittel der Gäste unterzeichnete bei dieser Konferenz eine von den Veranstaltern vorbereitete „Proclamation“, in der der hervorragende religiöse und ethische Einfluß, den die «Vereinigungskirche» auf ihre Kinder hat, zum Ausdruck gebracht wurde.

tion ist von feinerer Art. Sie erscheint kaum mehr auf dem Raster gesetzlicher Bestimmungen. So kommt es auch, daß leitenden Personen der «Vereinigungskirche» selbst der inhumane Charakter verschiedener ihrer Praktiken, die innerhalb des gesetzlichen Freiraumes der individuellen Gewissensbindung und Religionsausübung die Würde und die Selbständigkeit des Menschen verletzen, durchaus nicht bewußt ist.

rei

Etwa zur gleichen Zeit wurde in Frankfurt ein neues „Missions-Hauptquartier“ erworben. Auch hier handelt es sich um ein ehemaliges Hotel in zentraler Lage mit 40 Räumen in vier Stockwerken. Anlässlich des 200jährigen Bestehens der Vereinigten Staaten veranstaltete die «Vereinigungskirche» am 1. Juni im New Yorker „Yankee Stadion“ ein „Bicentennial God Bless America Festival“. Es waren „mehr als 200 000 Besucher“ erwartet worden (obwohl das Stadion nur 60 000 faßt); etwa 38 000 kamen. Die New Hope Singers, das Koreanische Volksballett und das «New York City Symphony Orchestra» (1924 gegründet, 1972 von der Vereinigungskirche übernommen) umrahmten den Festakt. San Myung Mun sprach in seiner einstündigen Rede über „Gottes Hoffnung für Amerika“ erneut den „religiösen Gründergeist“ Amerikas an, der dazu beigetragen habe, daß die USA „zum Modell für die ideale Welt“ geworden seien. Andererseits wies er auch auf den gegenwärtigen Niedergang dieses Gelobten Landes hin und auf die „weltpolitische Teilnahmslosigkeit“ der USA, die „die freie Welt mehr und mehr schutzlos der Bedrohung durch den Kommunismus aussetze“. Über ähnliche Themen hatte San Myung Mun am 18. De-

zember 1975 vor Mitgliedern des Kongresses und des Repräsentantenhauses in Washington gesprochen.

Am 18. September versammelten sich auf dem Capitol Hill in *Washington* nochmals etwa 50 000 Personen zu einem zweiten Bicentennial Festival der «Vereinigungskirche». Gemäß «Washington Star» vom 19. 9. 1976 wurden bei dieser Großveranstaltung Mun und seine Lehre kaum erwähnt. Auch die Ansprache „Reverend Muns“ war eher politisch als religiös. Das Programm hatte keinen eigentlichen Tiefgang; das Schwergewicht lag auf der Unterhaltung. Neben viel Musik und Volkstänzen wurde auch ein großes Feuerwerk geboten. Gesamtkosten der Veranstaltung: etwa eine Million Dollar. Mit etwa 1500 Charterbussen waren die Teilnehmer von New York, Philadelphia, Baltimore, Wilmington, Pittsburgh und Richmond herangefahren worden.

Die Amerikaner haben diese Veranstaltungen der „Mun-Sekte“ zu Ehren ihrer Nation sehr zurückhaltend aufgenommen, wie das Echo in der Presse zeigt. Sowohl in New York wie auch in Washington kam es zu mehreren Demonstrationen gegen die «Vereinigungskirche». Immer wieder wird Mun mit Hitler oder Stalin verglichen. Eine Gruppe, die gegenwärtig versucht, die Aktivitäten der «Vereinigungskirche» vor den Kongreß zu bringen, hat bisher schon über 42 000 Unterschriften ge-

sammelt. Anfang September wurden die staatlichen Einwanderungsbehörden angewiesen, für rund 700 ausländische Angehörige der «Vereinigungskirche» – meist Koreaner und Japaner – die befristeten Aufenthaltsgenehmigungen nicht zu verlängern und die entsprechenden Personen auszuweisen («Associated Press»). Wie «epd» am 9. 9. 1976 berichtete, ging diesem Beschluß die Weigerung eines amerikanischen Bundesrichters voraus, die Mun-Jünger als „missionarische Lehrlinge“ anzuerkennen; sie seien „mehr mit dem Sammeln von Geldspenden als mit geistigen Übungen beschäftigt“.

In einem Interview mit «Newsweek» einige Tage nach der New Yorker Großveranstaltung bestätigte San Myung Mun, daß „ihm gehörende Fabriken in Südkorea an der nationalen *Waffenproduktion* beteiligt“ seien, so meldete «KNA» am 8. 6. 1976. „Bei der Waffenherstellung handle es sich um die ‚Erfüllung einer nationalen Pflicht‘, die jedes bedeutende Industrieunternehmen in Südkorea zur Verteidigung des Landes zu leisten habe.“ Der Anteil der Waffenherstellung am Gesamtprodukt seiner Firmen betrage etwa zehn Prozent, sagte Mun. «Newsweek» teilte ferner mit, daß die «*Vereinigungskirche in den USA*» etwa 5000 Mitglieder und 30 000 Anhänger im weiteren Sinn habe. Sie verfüge über ein Kapital von etwa 20 Millionen Dollar. rei

JOHANNISCHE KIRCHE

Auszeichnung für Frieda Müller. (Letzter Bericht: 1975, S. 219) Am 16. August erhielt das „Oberhaupt der Johannischen Kirche“, *Frieda Müller*, aus der Hand des Regierenden Bürgermeisters von Berlin das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Mit

dieser Auszeichnung wurden zugleich alle ihre Mitarbeiter geehrt, die sich dafür eingesetzt haben, daß die «Johannische Kirche» heute einen vielfältigen sozialen Dienst leistet, vor allem in Westberlin. rei

Religiöse Haltung der Jugend in Polen.

(Letzter Bericht: 1976, S. 283) Es ist bekannt, daß die katholische Kirche nach wie vor so fest in der Bevölkerung Polens verwurzelt ist, daß sie Volkskirche im wirklichen Sinn geblieben ist. Das bestätigt sich wieder in den Ergebnissen einer soziologischen Umfrage über religiöse Haltungen und Praktiken der polnischen Jugend. Sie wurden von der Monatsschrift «Znak» (Heft 3/1976) veröffentlicht und in dem Überblick „Das katholische Leben in Polen“, den die «Pax»-Vereinigung herausgibt, abgedruckt (6/1976).

Die Umfrage wurde bei rund tausend Jugendlichen von Abitursklassen durchgeführt, die in etwa die soziale Struktur der polnischen Jugend repräsentieren, soweit sie von der kirchlichen Katechese erreicht wird. Diese Einschränkung ist der erheblichste Mangel der Studie: es fehlen alle Vergleichsmöglichkeiten mit der kirchlich nicht mehr erreichbaren Jugend.

Am auffälligsten sind die Ergebnisse über Grundlagen und Intensität des Glaubens. Etwa 60 Prozent der Befragten bezeichneten ihn als „stark“, und ebenso viele sahen in der subjektiven Reflexion und in rational begründeten Überzeugungen das Fundament ihres Glaubens. Hier besteht offenkundig ein Zusammenhang. Dagegen liegt nur bei einem Viertel dem Glauben die Treue zur Tradition zugrunde, die aus dem Elternhaus stammt und nicht vertieft wird. „Das Motiv der Tradition erscheint am häufigsten bei Jugendlichen aus Klein- und Mittelstädten, am seltensten bei der Landjugend, die meist persönliche Reflexion und die rationale Überzeugung von der Existenz Gottes angibt – ein überraschend positives Phänomen.“

Die Jugend aus Intelligenzkreisen zweifelt am häufigsten an ihrem Glauben, die Arbeiterjugend bildet eine mittlere Gruppe, während die Landjugend sich meist sehr glaubenstark einschätzt.

Offenbar ist die Familie für immer weniger junge Menschen das Milieu, in dem sich die Grundlagen des inneren Erlebens herausbilden. Auch der Einfluß der Altersgenossen geht zurück. Nach Ansicht der Befragten sind es die Geistlichen und Katecheten, die den größten positiven Einfluß haben. Lediglich „13,7 Prozent der Befragten nennen unter den Faktoren, die den Glauben schwächen, die Schule und die Massenmedien“

Die Fragen zur religiösen Praxis weisen auf eine intensive Beteiligung am kirchlichen Leben hin. Etwa 90 Prozent der Jugendlichen beten täglich, fast die Hälfte regelmäßig früh und abends. „Im allgemeinen ist auf diesem Gebiet die Nachlässigkeit der Eltern größer als die der Kinder.“ 70 Prozent der Befragten nehmen regelmäßig am sonntäglichen Meßgottesdienst teil, der größere Teil geht mehrmals im Jahr zur Beichte.

Die Studie stellt als Gesamtergebnis „einen sehr engen Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der religiösen Praktiken und dem Grad des religiösen Engagements einerseits und der systematischen Teilnahme der Jugendlichen an der Katechese andererseits“ fest. Die kirchliche Unterweisung wird also in dem Maße wichtiger, in dem Elternhaus und Tradition als selbstverständlicher Rahmen der religiösen Sozialisation zurücktreten. Im selben Maße gewinnen indessen, dahin scheinen jedenfalls die Angaben zu tendieren, auch die eigene Reflexion und die persönlich begründete Überzeugung an Bedeutung. mi

Jetzt abonniere ich die

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hiermit bestelle ich die Frankfurter Allgemeine Zeitung zur täglichen Lieferung frei Haus. Der Abonnementspreis beträgt monatlich bei Zustellung im Inland 16,80 DM (Ausland 19,50 DM). Liefern Sie vom nächstmöglichen Termin an.

Vor- und Zuname

Beruf

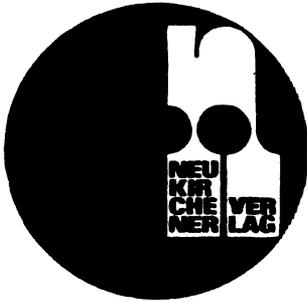
Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort/Land

Datum/Unterschrift

Frankfurter Allgemeine Zeitung,
Postfach 29 01,
D 6000 Frankfurt am Main 1.

Information ist Vertrauenssache



Ein anspruchsvolles, kleines
Geschenk zu Weihnachten

**Noch nicht
angekündigt:**

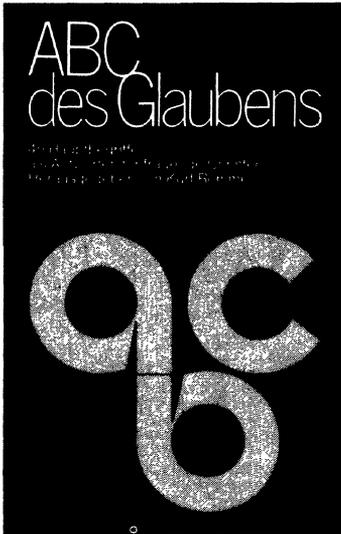
Gustav W. Heinemann / Helmut Gollwitzer: **Versöhnung ist wichtiger als ein Sieg**

Ca. 32 Seiten, kart. ca. DM 3,20

Die Weihnachtsansprachen, die Gustav W. Heinemann als Bundespräsident in den Jahren 1970–1973 über Rundfunk und Fernsehen an seine „Mitbürger“ gerichtet hat, sind einmalige Beispiele für ein glaubwürdiges christliches Zeugnis in der Öffentlichkeit. Was hier unter den Themen „Gottes Gaben sind Fragen an uns“, „Bürgermut“, „Versöhnung ist wichtiger als ein Sieg“ und „Aufruf zu verantwortlichem Handeln“ zu Wort kommt, ist Übersetzung der großen Geheimnisse des Glaubens ins alltägliche, ins politische Leben. Was die Festredner verschweigen, wird von Heinemann nüchtern und mutig benannt: das Schicksal der Randgruppen in unserer Gesellschaft, die schwere und doch verheißungsvolle Aufgabe, an Versöhnung und Frieden zu arbeiten, die Gefahren der Menschheitsentwicklung, die von jedem einzelnen einschneidende Konsequenzen fordern. Im Unscheinbaren und aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit Verdrängten spiegelt sich Gottes Menschwerdung. Zu ihr bekennt sich Gustav W. Heinemann gerade im *politischen* Reden und Handeln, das alle angeht, nicht nur die Frommen. So sind Heinemanns Ansprachen „weltliche“ Predigten, Predigten, die niemanden klerikal bevormunden, aber jedermann ein verantwortliches Leben vor Gott zumuten.

Helmut Gollwitzers Predigt bei der Trauerfeier am 12. Juli 1976 hält fest, was den Christen Gustav W. Heinemann in Atem hielt, bewegte und tröstete: Die Herren der Welt gehen, der Herr kommt.

Neukirchener Verlag · 4133 Neukirchen-Vluyn 2



Quell Verlag
Stuttgart
DM 18.—

ABC des Glaubens —
45 Hauptbegriffe von
»Abendmahl« bis
»Zukunft«.

ABC des Glaubens —
erschließt Grundwissen,
ermöglicht neue Einsich-
ten und Erfahrungen,
gibt Anregungen zu
Gesprächen.

ABC des Glaubens —
die erweiterte Buchaus-
gabe der bekannten
Serie aus dem Evang.
Gemeindeblatt für

Württemberg. Jeder der 45 Stichwort-Artikel wurde in Gemeindekreisen besprochen, Leser setzten sich damit auseinander. Der Ertrag aus diesen Diskussionen wurde in die Buchausgabe eingebracht, ergänzt durch die Angabe von Bibelstellen und weiterführender Literatur.

ABC des Glaubens — ein aktuelles Nachschlagewerk für fragende Christen und ein praktisches Arbeitsbuch für die Gruppenarbeit in den Gemeinden. Herausgegeben von Kurt Rommel unter Mitarbeit von rund 40 Gemeindepfarrern und Theologen.

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt aus dem Quell Verlag Stuttgart bei.

Herausgegeben von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD im Quell Verlag Stuttgart. — *Redaktion:* Pfarrer Helmut Aichelin (verantwortlich), Pfarrer Michael Mildenerger (geschäftsführend), Pfarrer Dr. Hans-Diether Reimer. Anschrift: Hölderlinplatz 2 A, 7 Stuttgart 1, Telefon 22 70 81. — *Verlag:* Quell Verlag und Buchhandlung der Evang. Gesellschaft in Stuttgart GmbH, Furtbachstraße 12 A, Postfach 897, 7 Stuttgart 1. Kontonummer: Landesgiro Stuttgart 2 036 340. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Heinz Schanbacher. — *Bezugspreis:* jährlich DM 20,— einschließl. Mehrwertsteuer und Zustellgebühr. Einzelnummer DM 1,— zusätzlich Bearbeitungsgebühr für Einzelversand. — Alle Rechte vorbehalten. — Mitglied des Gemeinschaftswerks der Evang. Presse. — *Druck:* Maisch & Queck, Gerlingen/Stuttgart.